

V0819/21

**Erneuerung der Medien-, Präsentations- und Beleuchtungstechnik im Großen Sitzungssaal des Neuen Rathauses sowie Durchführung von Akustikmaßnahmen**

**- Projektgenehmigung**

**(Referent: Herr Hoffmann)**

**Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit vom 12.10.2021**

Herr Hoffmann trägt vor, dass es sich bei der in der Vorlage dargestellten Decke um eine Entwurfsplanung handle, die noch nicht abgeschlossen sei. Es gäbe noch die Überlegung, dem Raum durch Abstufungen in der abgehängten Decke mehr Höhe zu verleihen. Bei dieser Variante könnte man Unterumständen durch eine geschickte Anordnung der Projektoren auf günstigere Geräte umsteigen. Herr Hoffmann bittet darum, trotz des Wissens über die noch nicht abgeschlossenen Planungen zur Decke, der Vorlage grundsätzlich zuzustimmen. Sobald die Ausführungsplanung einen genauen Entwurf zur Deckenkonstruktion habe, würde er diesen noch einmal im Ältestenrat und gegebenenfalls im Planungsausschuss vorstellen.

Stadträtin Leininger teilt mit, dass die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen der Vorlage inhaltlich gerne zustimmen würde. Jedoch werde für die Maßnahme sehr viel Geld in die Hand genommen und es sei fraglich, ob dies dem Sinne der Haushaltskonsolidierung entspreche. Deshalb stellt Stadträtin Leininger die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre diese Maßnahme um ein bis zwei Jahre nach hinten zu verschieben.

Stadtrat Pauling ist der Meinung, dass man an der Grundlage des demokratischen Systems auf kommunaler Ebene und deren Infrastruktur nicht sparen sollte. Die Umrüstung des Sitzungssaales sei auch eine Investition in die Nachhaltigkeit, da zum Beispiel Experten per Videokonferenz eingebunden werden können und man so mögliche Flugreisen spare. Die Stadtratsgruppe Die Linke habe sich sehr über die geplante Induktionsspule für Hörgeschädigte im Sinne einer Barrierefreiheit gefreut. Allerdings hätten sie erfahren, dass die in der Vorlage angegebene Technik bereits ein Auslaufmodell sei. Deswegen hätten die Linken in ihrem Antrag explizit ein mobiles System gefordert. Stadtrat Pauling will in Erfahrung bringen, warum die Verwaltung sich nicht für diese Variante entschieden habe und wie die Prüfung dahinter aussehe.

Herr Symanski erklärt, dass die Verwaltung bei der Spulentechnik eine andere Ansicht vertrete, denn ein großer Teil der Hörgeräte beinhalte noch immer eine magnetische Spule. Nichtsdestotrotz gebe es auch neuere Technologien, die beispielsweise mit einem Bluetooth Signal arbeiten. Für den Großen Sitzungssaal habe man sich eine zweiteilige Lösung einfallen lassen. Im hinteren Bereich des Saales, werde unter dem Podium für die Zuschauer eine Spule dauerhaft verlegt. Im Bereich des Plenums wolle man mit mehreren mobilen Anlagen arbeiten, die kurzfristig vor einer Sitzung unter den Tischen eingebaut werden können. Man habe sich für die mobile Variante im Plenum entschieden, da man den dortigen Boden nicht für teures Geld aufreißen wolle. Wenn es notwendig sei, könne man aber einen Teil dieser mobilen Geräte auch für das Publikum zu Verfügung stellen.

Stadtrat Pauling wendet ein, dass die von Herrn Symanski thematisierte mobile Lösung trotzdem gewissermaßen stationär im großen Sitzungssaal bleibe. Mit dem Antrag der Stadtratsgruppe Die Linke habe man mehr das Ziel verfolgt, dass ein System angeschafft

werde, welches man auch auf Bürgerversammlungen oder anderen städtischen Veranstaltungen außerhalb des Sitzungssaales einsetzen könne. Deswegen hakt Stadtrat Pauling nach, ob man trotzdem für solche Anlässe einen Koffer mit solchen mobilen Geräten anschaffen könne.

Herr Stumpf entgegnet, dass es sich dabei um einen anderen Antrag handle, der mit der Federführung bei der Inklusionsbeauftragten liefe. Den aktuellen Sachstand könne er nicht mitteilen, aber man habe dazu bereits eine Stellungnahme bezüglich der Bezirksausschüsse abgegeben.

Stadtrat Dr. Meyer merkt an, dass es sich bei dieser Vorlage um eine klassische politische Entscheidungssituation handle, auf der einen Seite würde etwas als sachlich sinnvoll betrachtet werden, aber auf der anderen Seite müsse man sich als Kommunalpolitiker auch die Frage stellen, was politisch vermittelbar sei. Er sieht den Umfang der Modernisierungsmaßnahme aktuell als schwer vermittelbar, deshalb könne er mit dem Vorschlag einer Verschiebung der Arbeiten gut leben. Zumindest plädiert Stadtrat Dr. Meyer für eine Diskussion über die Möglichkeiten wie man die Kosten minimieren könnte.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf pflichtet den vorherigen Aussagen von Stadträtin Leininger und Stadtrat Dr. Meyer bei. Die vorgeschlagenen Maßnahmen seien insgesamt zu teuer und kämen zur falschen Zeit. Es sei einfach nicht vermittelbar, wenn man nach einer wirtschaftlich schwierigen Phase fast eine Million Euro für die Sanierung des großen Sitzungssaales ausbebe. An manchen Stellen werde nach der persönlichen Auffassung von Oberbürgermeister Dr. Scharpf die Technik auch zu hoch aufgerüstet. Beispielsweise wolle er mit den Stadträten in der Sitzung direkt diskutieren und nicht mittelbar über elektronische Schnittstellen kommunizieren. Deshalb sei die Bitte von Oberbürgermeister Dr. Scharpf, dass man die Vorlage noch einmal zurückstelle und gemeinsam über mögliche Einsparungen diskutiere.

Er könne die Argumente der vorangegangenen Redner gut nachvollziehen, teilt Herr Hoffmann mit. Man müsse aber beachten, dass gewisse Punkte auch im Hinblick auf die Digitalisierung und die Rechtssicherheit von Hybridsitzungen umgesetzt werden sollten. Kernpunkte der Vorlage seien unter anderem die Kamera- und Mikrofontechnik, aber auch im Zusammenhang mit der Barrierefreiheit bezüglich der Neuordnung der Leinwände und der Beamer zu sehen. Die Verwaltung werde jedoch trotzdem versuchen eine Kostenminimierung in der Vorlage vorzunehmen.

Herr Meier bittet bei den Überlegungen der Fraktionen zu diesem Thema zu berücksichtigen, dass man im großen Sitzungssaal mit einer Audio- und Medientechnik arbeite die weit über 20 Jahre alt sei. Für diese Anlage würde man schon in wesentlichem Umfang keine Ersatzteile mehr bekommen. Insofern sei man aktuell noch bei Reparaturen auf findige Handwerker angewiesen. Ein weiterer Punkt, den es zu beachten gilt, sei der Livestream. Momentan gebe man viel Geld für einen externen Dienstleister aus, damit dieser die Stadtratssitzungen im Festsaal ins Internet überträgt. Wenn man nach der Corona-Pandemie mit der Vollversammlung wieder in den großen Sitzungssaal gehen könne, hätte man dort keine Möglichkeit, diese Technik selbst bereitzustellen und müsste wieder einen Dienstleister kostenpflichtig beauftragen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf regt an, dass man mit der Vorlage noch einmal in den Ältestenrat am 25.10.2021 gehe, um dort zu diskutieren, wie man weiter vorgeht.

Die Beschlussvorlage wird zur weiteren Beratung in den Ältestenrat verwiesen.